

# Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Ort“ und „Das Leben im Ort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Ref. Anzeigenteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 70

Sonnabend, den 14. Juni 1930

43. Jahrgang

## Zuspitzung der Reichsfinanzlage.

Das Etatsjahr 1929 hat trotz der erheblichen Entlastung durch den Young-Plan mit einem Fehlbetrag von ungefähr 300 Mill. M. abgeschlossen. Die schon in dieser Tatsache zum Ausdruck kommende Zuspitzung der Reichsfinanzlage hat noch eine sehr erhebliche weitere Verschärfung erfahren, die vor allem aus der Lage des Arbeitsmarktes entstanden ist. Für das laufende Jahr ist mit einem Arbeitslosenüberschuss von 1,55-1,6 Mill. Personen zu rechnen, dadurch entsteht ein erhöhter Bedarf von 450 Mill. M. und ein weiterer Bedarf aus der Küferrücklage von 150 Mill. M., insgesamt also von 600 Mill. M. Außerdem entstehen Einnahmehausfälle dadurch, daß infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage die Erträge aus Steuern, Zinsen usw. um 140 Mill. M. hinter dem Voranschlag zurückbleiben. Insgesamt handelt es sich also für das laufende Etatsjahr (ohne den Fehlbetrag aus 1929) um einen Fehlbetrag von rund 740 Mill. M. Die demnächst zu erwartenden Einparnungsmöglichkeiten gegenüber 120 Mill. M., die auf Beschluß der Anhalt für Arbeitslosenversicherung eingepart werden sollen; weitere 180 Mill. M. sollen durch Erhöhung der Beiträge aufkommen. Auch dann bleibt aber immer noch ein Fehlbetrag von 440 Mill. M. bestehen, über den zwar ein Deckungsprogramm vorliegt, von dem aber — abgesehen von seinen Unzulänglichkeiten — noch nicht festgestellt, ob und in welcher Gestalt es vorgenommen wird.

Dieser Fehlbetrag wird sich bei Fortdauer der jetzigen Zustände bis zum Ende des Etatsjahres auf 800 bis 900 Mill. M. erhöhen; diese Schätzung scheint aber zu optimistisch zu sein, da bei den bereits durchgeführten und noch bevorstehenden Steuererhöhungen die Belastung der Wirtschaft, damit aber auch die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die Auswirkungen für die Arbeitslosenversicherung weiter steigen werden. Die angelegentlichste Aufgabe der Regierung ist die Vermeidung der Wirtschaftskrisis, die als praktisch hinlänglich sein, ganz abgesehen davon, ob in Aussicht gestellten Beträge überhaupt aufgebracht werden können. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die früher bereits beschlossenen Steuererhöhungen einen Betrag von rund 255 Mill. M. ausmachen und daß die öffentlichen Aufwendungen (einschl. der sozialen) von insgesamt 8,5 Milliarden M. im Jahre 1931 auf rund 25 Milliarden M. steigen werden.

Die engen Beziehungen zwischen öffentlicher Finanzpolitik und Wirtschaftslage sind niemals so deutlich geworden wie in den letzten Wochen. Eine besondere Gefahr liegt bei Fortdauer der jetzigen Zustände für das Staatsprogramm der Regierung vor, das ohne eine durchgreifende Reform der öffentlichen Finanzen nicht realisierbar ist; von der Wirtschaftsgestaltung des Offens hängt aber die politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung des ganzen Reiches ab. Alles das, was bisher unter der Bezeichnung „Finanzreform“ vor sich ging, war in Wirklichkeit nichts anderes als ein Spiel und Verwickeln zwischen den Ausgaben des Reiches, der Länder, der Kommunen und der sozialen Wohlfahrtsanstalten. Eine wirkliche Finanzreform, die nur in einer Senkung der öffentlichen Gesamtsummen bestehen kann, ist bisher überhaupt noch nicht verurteilt worden. Deutschland wird aber verloren sein, wenn eine Politik fortgesetzt wird, die die Ausgabenliste als alleinbestimmend hinstellt. An dieser Tatsache wird auch ein „Notopfer“ nichts ändern; es wird im Gegenteil, so weit es der Ermöglichung der Fortführung der jetzigen Zustände dient, den Zusammenbruch nur beschleunigen. Genau wie jeder Privatmann, muß deshalb auch die öffentliche Hand sich nach den Einnahmehausfällen richten und von ihnen die Ausgabenliste bestimmen lassen.

Diese Tatsache gilt vor allem auch für die Kommunen, bei denen allein die kurzfristige Verschuldung auf mindestens 1,2-2 Milliarden M. zu schätzen ist. Die Finanzlage aller deutschen Gemeinden steht demnach unter dem Einfluß des Anwachsens der Erwerbslosigkeit, daß die meisten Etats, die im Winter aufgestellt wurden, bereits über den Haufen gemorren sind. Während die Zahl der durch die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge Unterstützten in der letzten Zeit langsam zurückgegangen ist, ist die Zahl der Arbeitslosen überaus stark zugenommen. Am 31. Januar bis zum 30. April 1930 von 271 000 auf 328 000 fortlaufend gestiegen, und man muß erwarten, daß sie im Herbst bereits die Hälfte der durch die Reichsversicherungsanstalt Unterstützten erreicht. Da ein Arbeitslosenversicherungsbetrag im Jahre rund 800 Mark kostet, ist die Belastung der Gemeinden durch die Erwerbslosigkeit auf 300-350 Millionen Mark zu berechnen, eine Belastung, die sie vor

dem Inkrafttreten der Reichsarbeitslosenversicherung im Oktober 1927 noch nicht zu tragen hatten.

Wird nicht bald statt generalisiert eine wirklich durchgreifende Finanzreform gleichzeitig für alle öffentlichen Einrichtungen, d. h. für alle Zweige der Verwaltung und der Sozialversicherung (die miteinander eine untrennbare Verbindung eingegangen sind) durchgeführt, so wird der Bestand der jetzigen Regierung nicht mehr von langer Dauer sein. Scheitert auch die jetzige Regierung, weil sie sich von den verfehlten Methoden der letzten zehn Jahre innerlich und personell nicht lösen kann, werden nur noch Maßnahmen sehr entscheidender Art übrig bleiben, bei denen man sich darüber klar sein muß, daß es sich bei ihnen nicht um die Konfiskation „wohl erworbener Rechte“ irgendwelcher Art handelt, sondern um die Rettung des Staates und der Wirtschaft.

## Die Emission der Younganleihe.

Durchführung des deutschen Standpunkts.

Berlin, 12. Juni.  
Nach langwierigen Beratungen ist die Konferenz für die Vorbereitung der ersten Younganleihe zum Abschluss gelangt. Die Verträge über die Emission der Anleihe sind unterzeichnet. Die letzte Schlichtung, die in den hohen Kommissionsanträgen der amerikanischen Banken lagen, sind überwunden. Immerhin erhalten die Amerikaner noch 4 Prozent Provision, während sich die europäischen Emittenten mit 2½ Prozent begnügen. Die Verteilung der Anleihe auf die großen Märkte ist so geregelt, daß Deutschland 36 Millionen Mark übernimmt von einem Gesamtbetrag der Anleihe, der sich einschließlich aller Umlösen auf 340 bis 345 Millionen Dollar belaufen wird. Der Emissionsskurs ist einseitig mit 90 Prozent netto festgelegt worden, was je nach der künftigen Behandlung der Anleihe verschiedenen Zinssätzen entsprechen wird. Die Anleihe ist nur im Zahlungslande fest auszugeben, der Transfer ist also grundsätzlich verboten. Die Anleihe ist mit 5½ Prozent nominal verzinst und muß innerhalb von 35 Jahren, also spätestens bis zum Jahre 1965 getilgt sein. Die deutsche Regierung ist berechtigt, von 1935 ab die Anleihe ganz oder teilweise zu partiell abzuschließen zu bringen, auch die Tilgung im Wege des Marktaufs ist möglich. Der einseitige Emissionsskurs ist im einzelnen nach den verschiedenen steuerlichen Belastungen abzuwägen.

Von entscheidender Bedeutung für Deutschland ist die Tatsache, daß es der Befürchtung der deutschen Unterhändler gelungen ist, in der Frage der Sicherheiten den deutschen Standpunkt durchzusetzen, daß also keine besondere Garantie des Reiches in Frage kommt, sondern daß das Reich lediglich dafür haften, daß von dem Erlös rund 160 Millionen an die Post und 240 Millionen an die Reichsbahn weitergeleitet werden. Diesen beiden Instituten werden für ihre Anteile die Originalbedingungen zugeordnet.  
Die Ausgabebedingungen entsprechen nicht ganz den Hoffnungen, die man an der Auffassung der ersten Younganleihe knüpfte, und namentlich die zuletzt erwähnte Verbindung zwischen der Währungsreform und der deutschen Anleihe für die Post und für die Bahn begegnet Bedenken. Die Tatsache aber, daß es gelungen ist, die schwierigeren Probleme dieses großen Unternehmens zu klären, bleibt doch begründet, und man wird der praktischen Funktion der internationalen Bank nur entgegenzusehen haben.

## Die Arbeitsmarktlage im Reich.

1 300 000 Arbeitslose mehr als im Vorjahre.

Berlin, 13. Juni.  
Die Belastung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung hat in der Zeit vom 16. bis 31. Mai noch langamer als in der ersten Hälfte des Monats abgenommen. Einen Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um nicht ganz 80 000 — gegenüber 130 000 im vorigen Berichtsdienstag — zeigt ein verstärkter Zuwachs der Reserveunterstützten um rund 15 000 gegenüber. Auch die Zahl der Arbeitslosen hat nur um rund 63 000 abgenommen. Am 31. Mai wurden in der Arbeitslosenversicherung 1 550 900, in der Krisenunterstützung 338 338 Hauptunterstützungsempfänger gezählt.  
An verfügbaren Arbeitsstellen waren Ende Mai bei den Arbeitsämtern noch rund 2 689 000 gemeldet, hieron müssen, nach Abzug der noch in gefähiger oder ungefähiger Stellung oder in Notstandsarbeit Befindlichen, rund 2 637 000 als arbeitslos gelten. Der Unterschied dieser Zahl gegenüber dem Vorjahre, der Mitte Mai etwa 1,2 Millionen betrug, ist auf beinahe 1 290 000 angewachsen.

Die Reichseinnahmen und -ausgaben.  
Im Rechnungsjahr 1929 900 Millionen Mehrausgaben.

Berlin, 13. Juni.  
Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht nunmehr den Ausweis über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1929. Danach betragen im öffentlichen Haushalt die Einnahmen 10 146,1 Mill. M. und die Ausgaben 10 545,7 Mill. M., so daß sich eine Mehrausgabe von 399,6 Mill. M. ergibt.

Zuzüglich der zur Deckung der am Schluß des Rechnungsjahres 1929 noch unbefriedigten Restausgaben (abzüglich der Resteinnahmen) erforderlichen 65,4 Mill. M. ergibt sich am Schluß des Rechnungsjahres 1929 ein Fehlbetrag von 465 Mill. M., davon 154,4 Mill. M. auf das Rechnungsjahr 1928 entfallen. Am außerordentlichen Haushalt stehen 481 Mill. M. an Einnahmen, 384,2 Mill. M. an Ausgaben gegenüber, so daß sich eine Mehreinnahme von 132,8 Mill. M. ergibt. Nach Berücksichtigung der zur Deckung am Schluß des Rechnungsjahres 1929 noch unbefriedigten Restausgaben erforderlichen 47 Mill. M. und des Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahre 1928 bis 1928 in Höhe von 904,5 Mill. M. bleiben aus späteren Einnahmen des außerordentlichen Haushalts noch 818,7 Mill. M. zu decken. Die Reichsbank belief sich am 31. März 1930 auf 8452,6 Mill. M. und die schwebende Schuld auf 1038,4 Mill. M.

## Amerika zählt uns 300 Millionen.

Die Entschädigung für die beschlagnahmten Schiffe.

Washington, 12. Juni.  
In Sachen der den deutschen Reedereien zu zahlenden Entschädigung für die während des Krieges in den amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe ist gegen den Schiedsrichter gefällt worden.

Der Schiedsrichter legt die für die 94 beschlagnahmten Schiffe zu leistende Entschädigungssumme auf 74 243 000 Dollar einschließlich der bis zum 31. Dezember 1928 fälligen Zinsen fest.

Diese Summe ist um 30 Millionen Dollar höher als die Summe, die seinerzeit die von dem Präsidenten Wilson eingeleitete Schiedskommission genannt hatte. Die Entschädigung des amerikanischen Schiedsrichters, durch die 24 deutsche Reedereien für die während des Weltkrieges beschlagnahmten deutschen Schiffe eine Entschädigung ausbezahlt wird, ist endgültig und Schiedsrichter Ernst hat dem Schöpfung empfohlen, die Abzahlungen alsbald zu beginnen.

Zur Veräglichung steht nach dem Freigabegebot zur Zeit eine erste Rate von 25 Millionen Dollar, die jedoch nicht von der deutschen Reeder geht, da für Schiffe, Besatzung und die ehemals in deutschem Besitz befindliche Funktion Sapelle insgesamt 100 Millionen Dollar angelegt sind und die ehemaligen Eigentümer der Dantente und der Funktion daher auch an der ersten Rate von 25 Millionen beteiligt werden müssen.

## Tragen der Parteiform unterfragt.

Wenig gegen Hitler.

Berlin, 13. Juni.  
Der preussische Minister des Innern hat am 11. Juni folgenden Erlass an sämtliche preussische Polizeiverwaltungen gerichtet: Auf Grund des § 10 des allgemeinen Landrechts wird zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung das öffentliche Tragen der sogenannten Parteiformen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei einschließlich ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen für den Bereich des Freistaates Preußen verboten.

Zur Uniform gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen, insbesondere den sogenannten Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und der Hitlerjugend äußerlich zu bezeichnen, also auch Kleidungs- und Ausrüstungsstücke (z. B. Armbinden), die durch bestimmte Form, Farbe, Schnitt usw. ein Merkmal der genannten Organisationen darstellen. Ich erlaube alle Polizeibehörden, das Verbot mit allen polizeilichen Mitteln, gegebenenfalls auch durch Anordnung und Befestigung von Zwangsstrafen nachdrücklich durchzuführen. gez.: Dr. Wenting.

## Hitlererparlament verordnet.

München, 13. Juni.

Die Polizeidirektion München hat die vom Gau Groß-München der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für Sonnabend, den 14. Juni, in das Zirkusgebäude am Marsfeld in München einzuberufende öffentliche Hitlererparlament gegen das Uniformverbot in Bayern, in der den letzten Tagen nicht erkennen, daß die Versammlung nur darauf abzielt, die Staatsregierung verächtlich zu machen und um Umgehungen der von ihr getroffenen Anordnungen aufzuwiegen.

In der Begründung des Verbotes heißt es u. a.: „Die maßlose und beleidigende und jeden anständigen Menschen anwidende Sprache des Plakates im Zusammenhang mit den heftigen Erregungen der nationalsozialistischen Presse in den letzten Tagen läßt erkennen, daß die Versammlung nur darauf abzielt, die Staatsregierung verächtlich zu machen und um Umgehungen der von ihr getroffenen Anordnungen aufzuwiegen.“

## Die Lehrer protestieren . . .

Von der Kaiserer Tagung des Lehrervereins . . .

Auffel, 13. Juni.  
Auf der in Staffel stattgefundenen Tagung des Deutschen Lehrervereins, der mehr als 150 000 Mitglieder umfaßt, sprach der Vorsitzende, Georg Wolff-Berlin, über „Die Vereinfachung des Reiches und die Schule“. Nach lebhafter



zu gehen. Meier ist nach der Tat eines Selbstmörders unterzogen, indem er sich einen Schlag in den Hals beibrachte. Er liegt im Kreislauten. Wundheilung verheißungsvoll, er konnte noch angeben, daß er der Täter sei.

**Goslar.** Erstes Reichstreffen der Jungdeutschen Oberjüngern. Richtig hatten sich in der 1000jährigen Stadt Goslar mehrere Tausend Angehörige der Jungdeutschen Ordensjüngern aus allen Teilen des deutschen Reiches zum 1. Reichstreffen eingefunden. Auf dem Osterfeld war eine große Zelbstadt aufgebaut worden, wo die Ordensjüngern, die mit Autos oder mit der Bahn von überall her gekommen war, zusammenkamen. Am 1. Pfingsttag fand morgens Gottesdienst in der St. Marienkirche mit anschließender Stadtbefichtigung statt. Eine Führerrede wurde am anschließenden in der St. Marienkirche gehalten und des Generals Galsberg. Am Nachmittag herrschte reges Leben beim Lagerfest. Auf dem Osterfeld war abends Abkochen des Bundesfeuers. Am Morgen des 2. Feiertages war Geländebühnung mit anschließender Rundung der Reichstagsgebäude, in dem von Goslar vorgefundenen Gelände eines Reichstagsgebäude, auf welcher der Hofmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Wilmanns, der förmlich begrüßt wurde, und der Reichsjugendführer sprach. Mit dem Deutschland und unter Beteiligung eines Telegrammarchars an den Reichspräsidenten von Hindenburg schloß die erhebende Feier.

### Aus Nah und Fern.

**Berlin.** Achtzigjährige Mädchen in einer Laube verbrannt. In einer Wohnlaube in der Kolonnenstraße in Berlin brach Feuer aus, das sehr schnell um sich griff. Als der Räucher erwachte, schlug ihn die hellen Flammen in der Laube hoch, und in der Angst, keine neue Weide, die er gleich nebenan untergebracht hatte, zu verlieren, lief er hinaus und brachte sie in Sicherheit. In seiner Aufregung hatte er ganz vergessen, daß im Nebenraum ein noch lebendes Kind schlief. Als man es nach einiger Zeit vernahm, stellte man mit Entsetzen fest, daß das Kind sich noch in der brennenden Wohnlaube befand, aus deren Trümmern nur die verkohlte Leiche des Kindes geborgen werden konnte.

**Uebad.** Weitere Säuglingssterbungen. Die Sterblichkeitsziffer der mit dem Tuberkulose-Serum behandelten Säuglinge in Uebad ist mit 37 unverändert geblieben. Dagegen ist die Zahl der erkrankten Säuglinge um 5 auf 87 gestiegen. Besserer sind 47, gefund bzw. in ärztlicher Beobachtung sind 75 Säuglinge.

**Friedland (Meßing).** Ein Sägewerk abgebrannt. In dem Sägewerk der Siemens-Bauminnen Berlin im Walde bei Wittenborn brach ein Feuer aus, das bald umgehenden Umfang annahm und in der kurzen Zeit von drei Stunden das gesamte Sägewerk mit großen Holzvorräten in Asche legte. Die ungünstige Windrichtung trieb das Feuer nach dem Walde hin, doch gelang es, ein Lebergraben zu verhindern. Dem Brande fielen 50 Schuppen mit Holzvorräten, einige Wohnbaracken, das Büro der Verwaltung, ein Autoklappen und acht Eisenbahnwagen zum Opfer. Als Brandursache wird fahrigliche Brandstiftung vermutet. Der Schaden der auf etwa 300.000 Mark angegeben wird, ist durch Versicherung gedeckt.

**Königsberg i. Pr.** Unfall eines D-Zuges in Weichselkorridor. Nach einer Meldung der polnischen Eisenbahnerverwaltung ließ der D-Zug 56 Insterburg-Polen-Berlin auf der Strecke Hohenthrä-Wrielen gegen die offenstehende Tür eines Arbeitszuges. Zwei Reisende wurden im Gesicht durch Glasplitter verletzt.

**König a. Rh.** Straßenbahn und Verkehrswagen. An der Ecke Madonnenstraße und Kaiser-Friedrich-Platz trafen ein Straßenbahnwagen und ein Lieferwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt. Ein Insasse des Autos wurde getötet, zwei andere Personen erlitten schwere Verletzungen.

**Hamburg.** Gemeindefahrdienst Spagag-Flod nach Ostitalien. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mittels, haben nunmehr auch Spagag und Flod ihren Dienst nach Ostitalien zu einem Gemeindefahrdienst vereinigt. Der bereits mit der Ausreise des Dampfers „Anhalt“ des Norddeutschen Lloyd eröffnet worden ist. Ausgangspunkte sind der Reihe nach Bremen, Hamburg, Antwerpen, Rotterdam und Genua. Für die einzelnen Häfen sind gemeinsame Ankerplätze festgelegt worden. Der neue Gemeindefahrdienst Spagag-Flod bietet den Passagieren wöchentlich zwei Expeditionen mit unmittelbarer Verbindung nach dem Fernen Osten.

### Ein Raubüberfall am hellen Tage

wurde am Mittwochnachmittag auf offener Straße im Mittelpunkt Leipzig ausgeführt. Vor dem Grundhild Rathausring 13 überfiel ein mit vorgeschaltenen Revolvern ausgerüstetes Raubteam, das sich hier nieder und raubte Teile des Raubteams mit 15.000 RM. Inhalt. Darauf sprangen die Verbrecher in ein für sie bereitgehaltenes Auto und entkamen. Es gelang ihnen zu entkommen.

**Leipzig.** Die umfangreichen Ermittlungen der Kriminalpolizei führten vorläufig zur Ergreifung der Autohändler. Mehrere nach der Tat im Norden des Stadtgebietes vorgenommene Streifen des Leberfallkommandos führten zu keinem Erfolg. Nicht ausgeschlossen ist, daß sich die durch die Flucht entkommenen drei Täter nach Teilung der Beute getrennt und die Abenteurer weggenommen haben. Für die Ergreifung der Räuber und für die Wiederherbehaftung des geraubten Geldes ist eine Belohnung von insgesamt 1000 RM unter Ausschluß des Rechtszweiges ausgesetzt worden.

### Commerzhilfe im ganzen Reich.

**Berlin, 13. Juni.** Die außerordentliche Hitze, die im ganzen Reich herrscht, ist, hält unermüdet an. Berlin hatte um 8 Uhr früh bereits 23 Grad zu verzeichnen. Die Temperatur stieg in den Mittagstunden auf 29 bis 30 Grad. Am Binnensee wurde eine durchschnittliche Wärme von 20 Grad abgelesen, das südliche Schloßsee meldete sogar 24 Grad. Auch an der Nord- und Ostsee ist das Wetter ausgesprochen sommerlich. Aussicht auf Abkühlung besteht bisher nirgends. Nur am Niederrhein und in einigen Teilen Westdeutschlands zeigte sich Gemütemeinigung.

**Frau Roether zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.**

**Dödsam, 13. Juni.** Nach jeder Forderung kam das Gericht wegen der Betrügerin der Frau Gebelmar Roether zu einem Jahr milden Urteil, indem es sie zu einem Jahr Gefängnis verurteilte. Von einer Abwertung der bürgerlichen Ehrenrechte nahm das Gericht Abstand, da es die Angeklagte für eine kleinere Forderung hielt, daß sie gar nicht die richtige Vorstellung eines Ehegatten habe. Die 15 Kühe, die jetzt zur Auktion gelang, stammen

ausschließlich aus Dödsam. U. a. hat Frau Roether einen Möbelhändler für 6000 Mark Geld abgeliefert, und in verschiedenen anderen Geschäften Bestellungen gemacht, die in die Tausende gingen. Von einer Kleinfirma erlöbte sie sich zu rufen, um angeblich deren Einzug in ein Stütz zu ermöglichen. Die alte Frau starb aus Gram über diesen Betrug.

### Reisefreirungen französischer Soldaten.

**Triar, 13. Juni.** Eine Gruppe von etwa zwanzig französischen Offizieren durchzog die Hauptstraßen der Stadt, nachdem sie den ganzen Abend im Offiziers Kasino gesessen hatten. Teilweise schritten sie hintereinander im Gänemärsch lärmend über die Bürgersteige und besuchten mehrere Kaffees, in denen sie die Musikanten aufboten, französische Märsche und die Marschmusik zu spielen. Als ihnen die Jubler der Gaststätten dieses Verhalten aussetzten, lärmten sie laut in den Lokalen und geränderten Schimpfworte gegenüber den deutschen Gästen, die es jedoch nicht zu Zwischenfällen kommen ließen. Daraufhin verließen die Offiziere die Kaffees und nahmen auf der Straße eine drohende Haltung gegen die herbeigerufenen deutschen Polizeibeamten ein. Als sie schließlich einsehen mußten, daß ihre herausfordernde Benehmen nicht den angedeuteten gemühten Erfolg hatte, zogen sie ab und suchten ihre Quartiere auf. Der Vorfall hat den größten Anstoß der Triar Bevölkerung ausgelöst.

### Riefenhadenerfeuer.

**Uebad, 13. Juni.** Durch ein verheerendes Großfeuer wurden große Teile des Betriebes der Baufirma Lorkahn vernichtet. Das Feuer, das in einem Hintergebäude ausbrach, sprang auf die Holzwerkstatt und einen großen Holzlagergebäude über und brachte auch verschiedene Nachbargebäude in Gefahr. Sämtliche verfügbaren Lösch-Feuerwehmannschaften wurden zur Bekämpfung des Brandes herangezogen. Auch die Landwehrtruppen von Kempfendorfer und Schönboiten beteiligten sich an der Lösungsaktion. Der angerichtete Schaden soll beträchtlich sein.



Am die Weltmeisterschaft im Schwergewicht.

### Schwelling Weltmeister.

**Scharkei wegen Verstoßes in der 4. Runde disqualifiziert.**  
**Kemporf, 13. Juni.** In der bei der ganzen Welt mit größter Spannung erwarteten Treffen der beiden Weltkämpfer Max Schmeling, Deutschland, und Jack Sharkey, Amerika, um die Weltmeisterschaft im Schwergewichtsbereich fand am Donnerstag zum Freitag ein unerwartet schnelles Ende. Gegen Schluß der 4. Runde unterließ dem Amerikaner ein unsauber Schlag, auf Grund dessen er nach den Regeln disqualifiziert und somit Schwelling Weltmeister werden mußte.

### Spiel und Sport.

#### H.F.B. Trebbin bei der N.S.B. 24.

**N.S.B. 1. Junioren - H.F.B. Trebbin 1. Junioren 5:1 (3:0)**  
**N.S.B. 1. Schüler - H.F.B. Zuerfurt 1. Schüler 1:1 (1:0)**

Ein recht guter Erfolg kam die Nebrer Sportvereinigung dadurch verzeichnen, daß es ihr mit Unterstützung einer Anzahl Interessenten der Vereinigung gelungen war, die 1. Junioren-Gef des H.F.B. Trebbin, die im Südbereich Berlin eine bedeutende Rolle spielt, für die Pfingstfeierstage nach Nebra zu verpflichten. Die Parole: „Trebbiner Fußballspieler bei der N.S.B.“ sowie ferner der außerordentlich schöne Pfingsttagabend hatte wohl einige hundert Anhänger des Nationalen auf den Sportplatz unter der Altenburg gelockt, die Zeuge eines Kampfes sein wollten, wie er in Nebra wohl noch nicht gesehen worden ist. Aber alle Zuschauer werden sich wohl noch heute mit der Frage beschäftigen, wie es möglich war, daß der H.F.B. Trebbin von der N.S.B. eine Paragrafen übernehmen mußte. Die Abrede der Gef des H.F.B. wurde durchzuführen, daß sie zwar mit einem hoffenswerten Spiel aufwarten mußten, sich aber auf ihrem Nationalplatz nicht so recht durchzusetzen vermochten. Dazu aber kam, daß Nebras Vertreter zeigten, daß auch sie kämpfen können. Wegen am kommenden Sonntag, gelegentlich des 6. Stiftungsfestes der N.S.B. 24 die Mannschaften mit gleichem Geiz und im Vertrauen auf Sieg in die Kämpfe gehen, dann werden auch diesmal die Erfolge nicht ausbleiben. Zu bemerken ist, daß die Kampfesweise des H.F.B. Trebbin ganz und gar an diejenige des S.W. Grotzmann erinnerte: energisch, schnell und fieber im Felde. Feindliche Kampfbilder entwickelten der interessante Gegensatz zwischen Trebbin und Nebra, die sich im ersten und dem stärksten Drang der hiesigen Mannschaft; große Leistungen bot der Vorwort der letzteren, während der Trebbiner Vorwort durch seine Unschärfe etwas abfiel; besonders ragte bei der Gastmannschaft noch der rechte Flügel hervor, ihm war es auch vergrümt, für seine Gef das verlorene Ehrenwort zu schließen. Bei Nebra konnten der Einfluß und der Mittelstürmer durch ihre ununterbrochenen Schnelligkeit besonders gefallt.

**Spielplan.** Nebra hat Anstos, Trebbin durch Magwahl Wind und Sonne im Wind, und geht sofort zum Angriff auf Trebbin Tor über. Schon in der 4. Minute fällt die erste Gef für Nebra, die aber in „Ans“ endet. Nach dem Abschluß unternehmen der Gastmannschaft einen Angriff auf Nebras Tor, aber an der geschickten Abwehr des Torwarts scheitert. Nebra kommt nun mehr und mehr auf und gestaltet das Spiel leicht überlegen. In der 7. Minute hätte der Einflußmann beinahe zum Führungstor ein-

senden können, aber er verpaßte den Ball. Kurz danach, in der 10. Minute, konnte der Mittelstürmer durch eine sehr gut geschossene Flanke des Spielers unablätbar einleiten. Das Spiel wird wieder ausgeglichen, jedoch kam Trebbin nicht vorwärts, daß Nebra in der 22. Minute durch eine Vorlage des Einflußmanns, von Nebra verwandelt, zum 2. Erfolg gelangt. Zwei Minuten später mußte der Schiedsrichter wegen Handspiels des linken Verteidigers, der den auf's Tor erbeuten Ball fing, einen Elfmeter verhängen, der auch verwandelt wird. Mit dem Stande von 3:0 geht es in die Halbzeit. Nach dieser kommt Trebbin mächtig auf, Angriff auf Angriff rollt auf Nebras Tor, aber Erfolge blieben zunächst noch aus. Grunemann meistert die Wälle mit viel Geschick und Glück, lediglich das Eckverhältnis, das bisher 3:1 für Nebra fand, kann Trebbin auf 7:3 zu seinen Gunsten ändern. Endlich, in der 10. Minute nach Halbzeit, gelingt es dem rechten Flügel der Gef, nach prächtigem Solongang des Ehrenwort zu schließen. Nebra merkt, daß es so nicht weitergehen kann, wenn sie den Sieg halten wollen, und legt sich schließlich ins Zeug. Als Erfolg können sie noch zwei Tore verzeichnen. Schiedsrichter Springstätt vom H.F.B. Wrielen war dem Spiel ein geschickter Zeiter. Ein abendungsreiches Fotostreffen veranschaulichte das Pfingstprogramm der N.S.B. 24.

### 6. Stiftungsfest des N.S.B. 24.

Zu ihrem am morgigen Sonntag, den 15. Juni, stattfindenden 6. Stiftungsfest hat die N.S.B. 5 Diplomspiele und ein Pokaltourier vorgezogen. Es treffen sich:

- 8 bis 9 Uhr: N.S.B. Schüler - Obbauhen Schüler (Diplomspiel), 9 bis 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: N.S.B. III. S. - Freuburg II. S. (Diplomspiel), 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 12 Uhr: N.S.B. I. S. - Weihensteph. I. S. (Pokaltourier), 12 bis 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Grana I. S. - Obbauhen I. S. (Pokaltourier), 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 15 Uhr: N.S.B. II. S. - Freuburg I. S. (Diplomspiel), 15 bis 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: N.S.B. Alte Herren - Eintracht Wrielen N. S. 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 18 Uhr: Pokaltourier. (Diplomspiel)

In das Pokalspiel kommen die Sieger aus den Pokalspielen. Die Mannschaften, die am Stiftungsfest teilnehmen, sind hier wohl bis auf S.W. Grana bei Feils bekannt. Letzterer gehört mit zu den spielstärksten Vereinen des Saale- u. Elberfeldens und hat in letzter Zeit beachtliche Resultate erzielt. Diese Gef, die über eine sichere Verteidigung, eine unermeßliche Stürmische sowie über einen außerordentlich schnellen und schußkräftigen Sturm verfügt, ist wohl als sicherer Pokalsieger anzusehen. Aber auch unsere 1. Gef soll nicht unterschätzt werden, denn sie hat sich auf unserem Platz schon öfters von einer guten Seite gezeigt; erinnert ist an die Spiele gegen S.W. 22 Kanna und gegen Badler-Helbro, bei deren Durchführung sich mit Grana abspitzte. Vielleicht überdies ist es morgen auch. Auch Obbauhen und Weihensteph. verdienen Aufmerksamkeit, sie haben in letzter Zeit an Spielstärke gewonnen. Möglich ist, daß gar unter diesen zuletzt genannten der Pokalsieger sich findet. N.S.B. II sollte wohl aus dem Spiel gegen S.W. Freuburg als sicherer Gegner hervorgehen; die Spiele N.S.B. III - Freuburg II und N.S.B. Alte Herren, die ihr erstes Spiel austragen gegen Eintracht Wrielen. Alle Herren halten wir offen. N.S.B. Schüler sollten über Obbauhen triumphierten.

**Schwimmabteilung N.S.B. Sonntag, den 15. Juni, 11 Uhr vorm. Anfahrtsminuten.**

### 37. Ganturwettbewerb des Kyffhäuser-Gaues (D. L.)

11.-13. Juli in Februa.

Der für das diesjährige 37. Ganturwettbewerb des Kyffhäuser-Gaues der Deutschen Turnerzeitung angelegte Turn- und Festplan liegt nunmehr fertig vor. Aus ihm ist zu ersehen, daß das Fest am Freitag, dem 11. Juli mit vorbereitenden Sitzungen der Kampfrichter und Obleute beginnt. Nachmittags erfolgt die Lebergabe der Ganturwettbewerbsarten am Freitag. Der eigentliche offizielle Beginn des Ganturwettbewerbs beginnt jedoch im „Kronprinz“ stattfinden. - Am Sonnabend beginnt jedoch sehr früh die Wettkämpfe. Es beginnt die 12-, 10- und 8-Kämpfer mit ihren Wettbewerben. Die vollständigen Wettkämpfer greifen etwas später in das Wettkämpferprogramm ein. Auch findet man erstmalig die Fechter des Gaues von der Barthe. Am Nachmittag treten die 9-Kämpfer sowie die vollständigen Einzelkämpfer in die Kampfbahn, denen sich die Stoffkorfürste anschließen. So können Abn. Anna tummeln sich dann die Schwimmer im eben Wettkampf im warmen Element. Der Abend sieht mit der großen Abendfeier mit Feuerwerk auf der Abn. Anna, selbstredend mit dem üblichen Feuertreiben des Ganturwettbewerbs.

Der Festplan beginnt mit dem Wettkämpfer der Turnerinnen, denen sich das Vereinsinternen anschließt. Dieses wird sich zu einer großen Schauvorführung auswirken. Hier kommen auf die einzelnen Vorführungen noch näher zurück. Dann gibt es die Juchenspiele zu den Stoffen, Mutterzeitungen der Turnerinnen sowie Faustballspiele der Turner. Vor Mittag erfolgt noch die Ausgabe der Siegerabzeichen. Der Nachmittag sieht ganz im Zeichen des Ganturwettbewerbs. Da sieht man nach Beendigung des großen Festzuges u. a. Vorführung der Turnerinnen, Kreislauten, Kreislauten, Kreislauten sowie Staffelläufe wie auch das Tanzen der Ganturwettbewerben im Familien Gerichte. Den Höhepunkt des Festes bilden die Freilichtspiele der Turner, denen sich die Siegerzeitung anschließt. Das Fest findet seinen Abschluß mit einer Abendfeier.

Wetterbericht ist in dem Wettkämpferprogramm, daß die Turnerinnen erst Sonntag bestimmen, also jeder Wettkämpfer die Teilnahme ermöglicht wird.

**Für den Wagen ist das Beste gerade gut genug!** Wenn die Hausfrau delikate Suppen auf den Tisch bringen will, so nimmt sie die hochwertigen, aus erstklassigen Rohstoffen hergestellten Maggi-Suppenwürfel, die in einer Packung von 25 verschiedenen Sorten zur Verfügung stehen. Das sind wirklich Helfer der Hausfrau. Ihre Kennzeichen sind der Name Maggi und die typische gelbe rote Packung.

### Kirchliche Nachrichten

**Sonntag Trinitatis, den 15. Juni 1930.**

Sonntagsgottesd. Es sei denn, daß jemand von neuem geboren werden so kann er das Reich Gottes nicht sehen (Job. 3, 3).

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst. (Predigt über Matth. 11, 25-28). Kollekte: Evang. Preisbuch für Deutschland.

11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Abendgottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche.  
11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefaal.  
Mittwoch, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Bibelstunde im Gemeindefaal (Job. 4, Vers 20 ff.).  
Freitagabend 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindefaal.  
Gefahrt wurde am 6. Juni Terezie Hilde Joh. Regina Müller, am 8. Juni Marg. Delmar, Alice, Kurt Gerhard Müller, Nina Genetie Gaby Meyer, am 9. Juni Helma Ely und Me Ruth Emm. Körner, Georg Hans-Joachim Schollmann.

## Der Simon-Bericht.

Die indischen Verfassungsprobleme.

London, 12. Juni.

Die Simon-Kommission hat den ersten Teil ihres Berichts über die indischen Verfassungsprobleme der Öffentlichkeit übergeben.

Ganz unerwartbar läßt die Veröffentlichung auf die öffentliche Meinung Englands einen außerordentlich starken Eindruck aus, denn viele Kreise nicht nur der englischen Bevölkerung im allgemeinen, sondern auch der politisch Interessierten kommen durch ihn zum ersten Male in die Lage, sich ein Bild von den wirklichen Zuständen in Indien zu machen.

Der erste Band des Simon-Berichts prüft auf mehr als 400 Seiten die politische, wirtschaftliche und soziale Lage Indiens und läßt an den bestehenden Verhältnissen mit mäßiger Offenheit Kritik.

Ganz unumwunden wird zugegeben, daß das gegenwärtige System der Verwaltung mit seiner Zweckstellung in eine parlamentarische und eine hochschulische Organisation sich nicht bewähren und der Revision bedürftig.

Der Bericht behandelt weiter die militärische Organisation in Indien, bei der die Notwendigkeit der Beibehaltung englischer Offiziere in den Eingeborenenformationen hervorhebt, weil sonst der kriegerische Geist dieser Stämme eine Gefahr für die übrige Bevölkerung werden könnte. Auch das Verhältnis zwischen Hindus und Mohammedanern wird ausführlich untersucht und die Spannung zwischen den beiden Religionen wird recht ernst genommen.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß das Streben des indischen Volkes nach Gleichberechtigung mit den Europäern der Ausdruck eines ganz außerordentlich gewachsenen Selbstbewußtseins und eines Nationalismus sei.

der mit kräftigen Schritten die Entwicklung vorantreibt. Maßnahmen und Programme empfiehlt dieser erste Band des Simon-Berichts noch nicht, sie sollen dem zweiten Band vorbehalten bleiben, der in Kürze erscheinen wird.

## Öffentliche Bekanntmachung.

Staatlicher Zuschlag zur Grundvermögenssteuer.

Von dem gemäß § 2 Abs. 1 a des Grundvermögenssteuergesetzes (G. S. 1924 S. 119) veranlagten Grundbesitzer — bekannte Grundstücke, die nicht dauernd landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind — wird nach der Verordnung vom 30. 5. 1930 (G. S. 101) mit Wirkung vom 1. Juni 1930 an ein staatlicher Zuschlag in Höhe von 100 v. H. der veranlagten Grundvermögenssteuer erhoben. Der Zuschlag ist bis zum 15. jeden Monats gleichzeitig mit der allgemeinen Grundvermögenssteuer an die Gemeindebehörden unaufgefordert zu entrichten. Die in Betracht kommenden Grundstücke sind in dem feinerzeit für die Grundvermögenssteuer erstellten Veranlagungsbescheide mit ihrem Steuerwert in Spalte 8 aufgeführt.

Soweit die Grundstücke von der allgemeinen Grundvermögenssteuer befreit sind (§ 15 Abs. 1 Grundvermögenssteuergesetz, § 24 Grundvermögenssteuergesetz) sind sie auch vom staatlichen Zuschlag befreit.

Soweit die Grundstücke vom Steuerpflichtigen zu eigenen Wohn- oder gewerblichen Zwecken benutzbar sind, wird der staatliche Zuschlag a) bei Wohnräumen bis zur Höhe von 4 v. H. des Jahresfriedensmittels

von 600 RM. in den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A,

von 500 RM. in den Orten der Ortsklasse B,

von 400 RM. in den Orten der Ortsklasse C,

von 300 RM. in den Orten der Ortsklasse D,

b) bei gewerblichen Räumen bis zur Höhe von 4 v. H. des Jahresfriedensmittels

von 2400 RM. in den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A,

von 2000 RM. in den Orten der Ortsklasse B,

von 1600 RM. in den Orten der Ortsklasse C,

von 1200 RM. in den Orten der Ortsklasse D

auf Antrag des Steuerpflichtigen nicht erhoben. Als Friedensmittelswert gilt der Mittelwert am 1. 7. 1914. Die Einziehung der Orte oder Ortsteile in die Ortsklassen bestimmt sich nach dem Ortsklassifizierungsbescheid, das nach rechtsgerichtlicher Regelung für die Gewährung von Wohnungszuschüssen an die Reichsbeamten maßgebend ist. Der Antrag ist unter anderem Nachweis des Jahresfriedensmittelswertes der eigentlichen Wohn- und gewerblichen Räume nach § 14 des Grundvermögenssteuergesetzes zu stellen, spätestens aber bis zum 31. 12. 1930 bei den Verwaltenden des Grundvermögenssteuereinkommens (Kassenamt) zu stellen.

Der staatliche Zuschlag wird erlassen, wenn Wohnräume ohne Beschanden des Steuerpflichtigen leerstehen. Anträge auf Erlass sind bei Gemeindebehörden vorzutragen.

Mit der allgemeinen staatliche Grundvermögenssteuer auf Grund des § 14 des Grundvermögenssteuergesetzes erlassen, so folgt der Erlass des staatlichen Zuschlags entsprechend.

Nebra, den 11. Juni 1930.

Der Magistrat. Meis.

## Bekanntmachung.

Sämtliche Wasserabnehmer werden hiermit aufgefordert, das für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni d. J. fällige Wasser-geld bis spätestens 1. Juli d. J. an die Stadtkasse zu zahlen.

Das bis dahin noch nicht entrichtete Wassergeld wird eingezogen. Zu dem Wassergeld treten dann noch die gesetzlichen Einziehungsgeldern.

Nebra, den 13. Juni 1930.

Der Magistrat. Meis.

## Öffentliche Stadtverordneten-Versammlung

am Dienstag, den 17. Juni 1930, abends 8 Uhr im Ratskellerfaal.

Tagesordnung:

Einführung des Herrn Bürgermeisters Grünberg in sein Amt und Verpflichtung durch Herrn Landrat Dr. Wandersleb-Quersart.

Nebra, den 13. Juni 1930.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Ma.

## Unüberbrückbare Differenzen.

Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen.

Berlin, 13. Juni.

Seit geraumer Zeit sind zwischen der deutschen Regierung und der sowjetischen Regierung diplomatische Beziehungen über den Stand und die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen geführt worden. Es handelte sich dabei sowohl um Fragen allgemeiner politischer Art als auch um konkrete Fragen, die sich aus den Wirtschaftsbeziehungen ergaben.

Diese Beziehungen sind nunmehr, wie von zuständiger deutscher Seite mitgeteilt wird, zu einem gewissen Abbruch gelangt.

Die konkreten Fragen wirtschaftlicher Art werden in der Schlichtungskommission, die in dem deutsch-sowjetischen Abkommen vom Januar 1929 vorgesehen ist, zu einem Ende gebracht werden. Die Schlichtungskommission tritt am 16. Juni in Moskau zusammen. Deutschland wird in dieser Kommission vertreten durch den Abgeordneten von Raumer und den Dirigenten der Abteilung des Auswärtigen Amtes, Graf von Nolte.

Was die Fragen allgemeiner politischer Art angeht, die den delikatesten Teil des ganzen Fragenkomplexes ausmachen (hierzu gehört auch die Frage der Einmischung der Komintern in innerdeutsche Verhältnisse), so liegt im Augenblick noch dahin, ob hierüber eine gemeinsame deutsch-russische Mitteilung ausgegeben wird oder nicht. Es ist anzunehmen, daß in diesem Fragenkomplex unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten entstanden sind oder aber, daß die Russen in diesem Punkte einer Entscheidung immer wieder auszuweichen versuchen.

Die Fähigkeit, mit der die Russen gerade in der Frage „Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse“ sich zu feiner Bindung versehen wollen, läßt bestimmt nicht die Ansicht aufkommen, daß die deutsche Außenpolitik sich hier durchsetzen vermocht hätte, und auch die Art, wie die Schlichtungskommission und die Vereinbarung über ihr Wirken aufstehen gekommen ist, zeigt die qualitative und einen rechtlichen praktischen Vorprung auf russischer Seite. Hinsicht-

lich der Zusammenlegung der Kommission hat man sich zwar an die im Berliner Vertrag vom Vorjahr getroffene Vereinbarung gehalten, in der Bestimmung des Beratungsortes aber ist dieser Vertrag bereits zugunsten Russlands durchbrochen, und die Tatsache, daß von deutscher Seite zwei ganz besonders hervorragende Persönlichkeiten in die Kommission berufen und nach Moskau entsandt werden, bürgt zwar auf der einen Seite für eine entscheidende Wahrung und ausföhrliche Vertretung des deutschen Standpunktes, gibt aber andererseits diesen Moskauer Schlichtungsverhandlungen ein politisches Gewicht, das von Russlands zweifellos international-politisch ausgenutzt werden und als ein erneutes deutliches Bekenntnis zu Kapallas Ausgewerbet werden wird, ohne daß in irgendeiner Weise die Gegenseitigkeit dieser Einstellung gemindert ist. Deshalb müßten die Moskauer Verhandlungen mit besonderer Aufmerksamkeit und nichtfalls mit der erforderlichen Härte von deutscher Seite geführt werden.

## Friedensbestrebungen in China.

London, 13. Juni.

In Nanking sollen Möglichkeiten für eine friedliche Beilegung der Feindschaften in China zwischen den Nordtruppen unter Chiangkai-shek und Fengjuhsiang, sowie den nationalpolitischen Streitkräften unter General Tschiangkai-shek erörtert werden. Es heißt, daß Marschall Schankinhsiang und General Schankinhsiang als Friedensstifter auftreten sollen. Fengjuhsiang und Schankinhsiang sollen beide erklärt haben, daß sie nur die Beilegung Tschiangkai-sheks von der Nankingregierung wollten und nicht auf die Errichtung der Regierung Beijing bestanden.

Tschiangkai-shek selbst soll erkannt haben, daß er die Lage durch Abjüngeral nicht entscheiden könne und soll sich bereit erklärt haben, sich zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß seine Truppen unter den Generälen festhalten blieben, die von ihm ernannt worden seien. Er hat, wie berichtet wird, nach der schweren Niederlage seiner besten Truppen an der Tschang-Bahn die Hoffnung aufgegeben, den Krieg zu gewinnen und zugegeben, daß die Fortdauer des Kampfes völlige Vernichtung bedeute.

## Oberförsterei Ziegelroda

versteigert Donnerstag, den 19. Juni, von 9 Uhr ab im öffentlichen Gasthof in Ziegelroda: Auhöfen. Ditr. 137 = 32 Buchenstangen I. Kl., Ditr. 116 = 128 II. Kl., Ditr. 55 = 20 E. II., 445 III., 20 Stb. IV., 15 Stb. V., 8 Stb. VI. Rr. Brennholz, Eiche. Ditr. 24, 25, 28, 30, 31, 33, 34, 74, 75, 107, 115, 114, 115, 120, 135 = 700 rm Schot, Storkorn u. Spst. Buche. Ditr. 23, 26, 28, 30, 59, 74, 75, 106, 118, 115, 118, 120, 130, 134, 135 = 250 rm Schot, Knoch, Spst. und Reis I. Ditr. 107 = 200 rm Reis III (Stöck). Buche. Ditr. 75, 130 = 2 rm Schot, 11 rm Spst., 3 Stb. Eiche. Ditr. 75, 84, 88 = 7 rm Schot, 33 rm Spst. Kaufpreise bis 50 RM. sind im Termin bar zu zahlen.

## Die Grasnutzung

meiner am Bahnhof Nebra gelegenen ca. 2 Morgen großen Wiese ist zu verpachten.

Baugeschäft Meinecke-Nebra.

Zu unserem am Sonntag, den 15. Juni 1930, stattfindenden

## 6. Stiftungs-Fest

laden wir Freunde u. Gönner des Sportes herzlich ein.

Vorm. 8 Uhr: Beginn der Fußball-Wettspiele

16.30 Uhr: Schlußspiel (Pokalendspiel)

Ab 20 Uhr: Siegerehrkündigung und Ball im „Schützenhaus“

Für Sitzgelegenheit auf dem Sportplatz ist geforgt.

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Schützengilde Nebra

Sonntag, den 15. Juni, ab 2 Uhr nachm.:

Meisterschaftsschießen im Steinbruch

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Es war einmal ein treuer Kusar

feuert

Franz als Schöfför

Es laßt fremdlich ein Vorgewalt.

Kleinpfingsten

Auf nach Vikenburg

Spare mündellicher Stadt-Sparkasse Nebra u.

bet der

**DER GROSSE BROCKHAUS**  
HANDBUCH DES WISSENS  
IN 20 BÄNDEN

**BAND 5**  
ERSCHEINEN

Verlangen Sie nach heute von Ihrem Buchhändler oder direkt vom Verlag Kostenfrei und völlig unverbindlich ein Probeheft der unangenehm und reich bebilderten Broschüre **Der Große Brockhaus** von A-Z

Jetzt bestell und die Originalausgabe direkt in Zahlung zu bekommen. Preisvergleichsbedingungen

**F.A. BROCKHAUS, LEIPZIG**

**Schwimmabteilung**  
R. S. B. 24  
Am Sonntag, den 25. Juni, 11 Uhr vorm.

**Anschwimmen**  
KAFFEE MAG SCHONT  
IHR HERZ  
Stets frisch zu haben bei August Oelschig, Nebra

**Sommerprossen**  
auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte und schätzbar. Teilverdünnungsmittel **„Deus“** (Stärke B) beseitigt. Keine Schädler. Preis 300 2.75. (Gegen Pilsch, Wiesner (St. A). In Apotheken: Spohrer & Ulrich  
In Nebra: Adler-Druckerei W. Gutschmuths

**Spielkarten**  
hält vorräthig  
Walter Gharj, Nebra.

Am Mittwoch, den 18. Juni d. J., vorm. 11.30 Uhr, wird im Gasthof „Zur schönen Aussicht“ in Wendefleben der reichliche

**Kirchhennanhang**

der Domäne Wendefleben öffentlich meistbietend gegen Veräußerung versteigert. Besondere Bedingungen werden vor dem Termin bekannt gegeben. — Versteigerung des Kirchhennanhangs ist nach vorheriger Anmeldung im Büro der Domäne gestattet.

Domänenverwaltung Wendefleben.

Nach kurzer Krankheit verschied sanft unsere liebe Schwägerin und Tante

**Frau Minna Schmidt**  
geb. Reinboth  
im 63. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Franziska Kubert.**  
Nebra, 13. Juni 1930.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

# Nebrae Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen toten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 70

Sonnabend, den 14. Juni 1930

43. Jahrgang

## Zuspitzung der Reichsfinanzlage.

Das Etatsjahr 1929 hat trotz der erheblichen Entlastung durch den Young-Plan mit einem Fehlbetrag von ungefähr 300 Mill. M. abgeschlossen. Die schon in dieser Tafelade zum Ausdruck kommende Zuspitzung der Reichsfinanzlage hat noch eine sehr erhebliche weitere Verschärfung erfahren, die vor allem aus der Lage des Arbeitsmarktes entstanden ist. Für das laufende Jahr ist mit einem Arbeitslosendurchschnitt von 1,55—1,6 Mill. Personen zu rechnen, dadurch entsteht ein erhöhter Bedarf von 450 Mill. M. und ein weiterer Bedarf aus der Krisenfürsorge von 150 Mill. M., insgesamt also von 600 Mill. M. Außerdem entstehen Einnahmeausfälle dadurch, daß infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage die Erträge aus Steuern, Zöllen usw. um 140 Mill. M. hinter dem Voranschlag zurückbleiben. Ingesamt handelt es sich also für das laufende Etatsjahr (ohne den Fehlbetrag aus 1929) um einen Fehlbetrag von rund 740 Mill. M. Diesen Beträge stehen an Einparnungsmöglichkeiten im geschätzten 120 Mill. M., die auf Beschluß der Anstalt für Arbeitslosenversicherung eingepart werden sollen; weitere 180 Mill. M. sollen durch Erhöhung der Beiträge aufkommen. Auch damit bleibt aber immer noch ein Fehlbetrag von 440 Mill. M. bestehen, über den zwar ein Deckungsprogramm vorliegt, von dem aber — abgesehen von seinen Ungünstigkeiten — noch nicht festgestellt, ob und in welcher Höhe es vorgenommen wird.

Dieser Fehlbetrag wird sich bei Fortdauer der jetzigen Zustände bis zum Ende des Etatsjahres auf 800 bis 900 Mill. M. erhöhen; diese Schätzung scheint aber zu optimistisch zu sein, da bei den bereits durchgeführten und noch bevorstehenden Steuererhöhungen die Belastung der Wirtschaft, damit aber auch die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung weiter steigen werden. Die angelegentlichste Bereitstellung von Mitteln zur Anfurberung der Wirtschaft wird also praktisch sinnlos sein, ganz abgesehen davon, ob die in Aussicht gestellten Beträge überhaupt aufgebracht werden können. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die früher bereits beschlossenen Steuererhöhungen einen Betrag von rund 225 Mill. M. ausmachen und daß die öffentlichen Aufwendungen (einschl. der Sozialen) von insgesamt 8,5 Milliarden M. im Jahre 1931 auf rund 25 Milliarden M. steigen werden.

Die engen Verbindungen zwischen öffentlicher Finanzpolitik und Wirtschaftslage sind niemals so deutlich geworden wie in den letzten Wochen. Eine besondere Gefahr liegt bei Fortdauer der jetzigen Zustände für das Streiprogramm der Regierung vor, das ohne eine durchgreifende Reform der öffentlichen Finanzen nicht realisierbar ist; von der Wirtschaftsentwicklung des Ostens hängt aber die politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung des ganzen Reiches ab. Alles das, was bisher unter der Bezeichnung „Finanzreform“ vor sich ging, war in Wirklichkeit nichts anderes als ein Hin- und Herblicken zwischen den Ausgaben des Reiches, der Länder, der Kommunen und der sozialen Versicherungseinrichtungen. Eine wirkliche Finanzreform, die nur in einer Senkung der öffentlichen Gesamtaufwendungen bestehen kann, ist bisher überhaupt noch nicht versucht worden. Deutschland wird aber verloren sein, wenn eine Politik fortgesetzt wird, die die Ausgabenseite als alleinbestimmend hinstellt. In dieser Tafelade wird auch ein „Notopfer“ nichts ändern; es wird im Gegenteil so wie die Ermöglichung der Fortführung der jetzigen Zustände dient, den Zusammenbruch nur bestärken. Genau wie jeder Privatmann, muß deshalb auch die öffentliche Hand sich nach den Einnahmefähigkeiten richten und von ihnen die Ausgabenseite bestimmen lassen.

Diese Tafelade gilt vor allem auch für die Kommunen, bei denen allein die kurzfristige Verschuldung auf mindestens 1,8—2 Milliarden M. zu schätzen ist. Die Finanzlage aller deutschen Gemeinden steht demnach unter dem Einfluß des Anwachsenden der Erwerbslosigkeit, daß die meisten Etats, die im Winter aufgestellt wurden, bereits über den Haufen geworfen sind. Während die Zahl der durch die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge Unterstützten in der letzten Zeit langsam zurückgegangen ist, ist die Zahl der Sozialfürsorgereisenden, die den Gemeindefinanzen zum Last fallen, vom 31. Januar bis zum 30. April 1930 von 271 000 auf 328 000 fortlaufend gestiegen, und man muß erwarten, daß sie im Herbst bereits die Hälfte der durch die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge Unterstützten in der Gemeinde im Jahre rund 800 000 kostet, ist die Belastung der Gemeinden durch die Erwerbslosigkeit auf 300—350 Millionen Mark zu berechnen, eine Belastung, die sie vor

dem Inkrafttreten der Reichsarbeitslosenversicherung im Oktober 1927 noch nicht zu tragen hatten.

Wird nicht bald zentralisiert eine wirklich durchgreifende Finanzreform gleichzeitig für alle öffentlichen Einrichtungen, d. h. für alle Zweige der Verwaltung und der Sozialversicherung (die miteinander eine untrennbare Verbindung eingegangen sind) durchgeführt, so wird der Bestand der jetzigen Regierung nicht mehr von langer Dauer sein. Scheitert auch die jetzige Regierung, weil sie sich in den verfehlten Methoden der letzten zehn Jahre innerlich und personell nicht lösen kann, werden nur noch Maßnahmen sehr entscheidender Art übrig bleiben, bei denen man sich darüber klar sein muß, daß es sich bei ihnen nicht um die Konfektionierung „wohl erworbener Rechte“ irgendwelcher Art handelt, sondern um die Rettung des Staates und der Wirtschaft.

## Die Emission der Younganleihe.

Durchführung des deutschen Standpunkts.

Berlin, 12. Juni.  
Nach langwierigen Beratungen ist die Konferenz für die Vorbereitung der ersten Younganleihe zum Abschluß gelangt. Die Verträge über die Emission der Anleihe sind unterzeichnet. Die letzte Schwierigkeit, die in den hohen Kommissionsanträgen der amerikanischen Banken lagen, sind überwunden. Amerikaner erhalten die Amerikaner noch 4 Prozent Provision, während die europäischen Emittenten mit 2½ Prozent begnügen. Die Verteilung der Anleihe auf die großen Märkte ist so geregelt, daß Deutschland 36 Millionen Mark übernimmt von einem Gesamtbetrag der Anleihe, der sich einschließlich aller Unkosten auf 340 bis 345 Millionen Dollar belaufen wird. Der Emittentenskurs ist einschließlich mit 90 Prozent netto festgelegt worden, was ein noch der Bestenfalls bei 100 Prozent, was Deutschland die ursprüngliche Zusage treten. Die Anleihe ist nur im Zahlungsstande selbst zugelassen, der Transfer ist also grundsätzlich verboten. Die Anleihe ist mit 5½ Prozent nominal verzinst und muß innerhalb von 35 Jahren, also spätestens bis zum Jahre 1965 gelöst sein. Die deutsche Regierung ist berechtigt, von 1935 ab die Anleihe ganz oder teilweise zu part. zur Rückzahlung zu bringen, auch die Tilgung im Wege des Rückkaufs ist möglich. Der einheitliche Emittentenskurs ist im Einklange mit den verschiedenen steuerlichen Belastungen abgestimmt.

Von entscheidender Bedeutung für Deutschland ist die Tatsache, daß es der Bestimmung der deutschen Unterländer gestatten ist, in der Frage der Sicherheiten den deutschen Standpunkt durchzusetzen, daß also eine besondere Garantie des Reiches in Frage kommt, sondern daß das Reich lediglich dafür haften, daß von dem Erlös rund 160 Millionen an die Post und 240 Millionen an die Reichsbahn weitergeleitet werden. Dieser beiden Institutionen werden für ihre Anteile die Originalbedingungen besetzt.

Die Ausgabebedingungen entsprechen nicht ganz den Hoffnungen, die man an die Aufhebung der ersten Younganleihe knüpfte, und namentlich die zuletzt erwähnte Verbindung zwischen der Mobilisierungsmöglichkeit und der deutschen Anleihe für die Post und für die Bahn begegnet Bedenken. Die Forderung aber, daß es gelingen soll, die schwierigsten Probleme dieses großen Unternehmens zu lösen, bleibt doch begründbar, und man wird der praktischen Funktion der internationalen Bank nun entgegenzusehen haben.

## Die Arbeitsmarktlage im Reich.

1 300 000 Arbeitslose mehr als im Vorjahre.

Berlin, 13. Juni.  
Die Belastung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung hat in der Zeit vom 16. bis 31. Mai noch langsamer als in der ersten Hälfte des Monats abgenommen. Einen Rückschlag in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um nicht ganz 80 000 — gegenüber 130 000 im vorigen Berichtsdurchschnitt — stellt ein verstärkter Zuwachs der Krisenunterstützten um rund 15 000 gegenüber. Auch die Zahl der Arbeitsuchenden hat nur um rund 63 000 abgenommen. Am 31. Mai wurden in der Arbeitslosenversicherung 1 550 900, in der Krisenunterstützung 338 338 Hauptunterstützungsempfänger gezählt.

In verfügbaren Arbeitsfeldern waren Ende Mai bei den Arbeitsämtern noch rund 2 689 000 gemeldet. Hiervon müssen, nach Abzug der noch in gefähiger oder ungefähiger Stellung oder in Notstandsarbeit Befindlichen, rund 2 537 000 als arbeitslos gelten. Der Unterschied dieser Zahl gegenüber dem Vorjahre, der Mitte Mai etwa 1,2 Millionen betrug, ist auf beinahe 1 290 000 angewachsen.

## Die Reineinnahmen und -ausgaben.

Im Rechnungsjahr 1929 900 Millionen Mehrausgaben.

Berlin, 13. Juni.  
Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht annähernd den Ausweis über die Reineinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1929. Danach betragen im ordentlichen Haushaltsplan die Einnahmen 10 146,1 Mill. M. und die Ausgaben 10 545,7 Mill. M., so daß sich eine Mehrausgabe von 399,6 Mill. M. ergibt.

Zunächst der zur Deckung der am Schluß des Rechnungsjahres 1929 noch unbefriedigten Restausgaben (abzüglich der Reineinnahmen) erforderlichen 65,4 Mill. M. ergibt sich am Schluß des Rechnungsjahres 1929 ein Fehlbetrag von 465 Mill. M., wovon 154,4 Mill. M. auf das Rechnungsjahr 1928 entfallen. Am außerordentlichen Haushaltsplan 1928 entfallen 1928 Mill. M. an Einnahmen, 354,2 Mill. M. an Ausgaben gegenüber 1927, die sich eine Mehrausgabe von 132,8 Mill. M. ergibt. Nach Berücksichtigung der zur Deckung am Schluß des Rechnungsjahres 1929 noch unbefriedigten Restausgaben erforderlichen 47 Mill. M. und des Fehlbetrages aus den Rechnungsjahren 1926 bis 1928 in Höhe von 904,5 Mill. M. bleiben aus späteren Einnahmen des außerordentlichen Haushaltsplan noch 318,7 Mill. M. zu decken. Die Reichsbank belief sich am 31. März 1930 auf 845,6 Mill. M. und die schwebende Schuld auf 1938,4 Mill. M.

## Amerika zahlt uns 300 Millionen.

Die Entschädigung für die beschlagnahmten Schiffe.

Washington, 12. Juni.  
In Sachen der den deutschen Reedereien zu zahlenden Entschädigung für die während des Krieges in den amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe ist loben der Schiedsrichter fest die für die 94 beschlagnahmten Schiffe zu leistende Entschädigungsumme auf 74 243 000 Dollar einschließlich der bis zum 31. Dezember 1928 fälligen Zinsen fest.

Diese Summe ist um 30 Millionen Dollar höher als die Summe die letztendlich die von dem Präsidenten Wilson eingeleitete Schiedskommission genehmigt hatte. Die Entschädigung des amerikanischen Schiedsrichters, durch die 24 deutsche Reedereien für die während des Weltkrieges beschlagnahmten deutschen Schiffe eine Entschädigung zugewiesen wird, ist endgültig und Schiedsrichter Urteil hat dem Schöpfung empfohlen. Die Ratenzahlungen alsbald zu beginnen.

Zur Durchführung steht nach dem Freiheitsgesetz zur Zeit eine erste Rate von 25 Millionen Dollar, die jedoch nicht voll an die deutschen Reeder geht, da für Schiffe, Patente und die ehemals in deutschem Besitz befindliche Funktionäre Saville insgesamt 100 Millionen Dollar angelegt sind und die ehemaligen Eigentümer der Patente und der Funktionäre daher auch an der ersten Rate von 25 Millionen beteiligt werden müssen.

## Tragen der Parteiuniform unterlag.

Wenig gegen Hitler.

Berlin, 13. Juni.  
Der preussische Minister des Innern hat am 11. Juni folgenden Erlaß an sämtliche preussische Polizeiverwaltungen gerichtet: Auf Grund des § 10 des allgemeinen Landrechts wird zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung das öffentliche Tragen der sogenannten Parteiuniform der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei einschließlich ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen für den Bereich des Freistaates Preußen verboten.

de, die dazu be...  
n barstellen. Sch...  
Sturmabteilung...  
berlich zu bezeich...  
angestrichen (z. B...  
erbe, Schmitt usw...  
n allen polizeilic...  
Änderung und...  
durchzuführen.  
Dr. Waentig.

den, 13. Juni.  
vom Gau Groß...  
Arbeiterpartei...  
Ausgangs am...  
liche Preistricke...  
Bogen, in der...  
Auch der Anwe...  
den Rücklaßes

es u. a.: „Die...  
higen Meinungen...  
Anhangung mit...  
Hilgen Preise in...  
Erklärung nur...  
möglich zu mach...  
streffen Anwe...

## Die Lehrer protestieren.

Von der Kasseler Tagung des Lehrervereins.

Kassel, 13. Juni.

Auf der in Kassel stattgefundenen Tagung des Deutschen Lehrervereins, der mehr als 150 000 Mitglieder umfaßt, sprach der Vorsitzende Georg Wolff-Berlin, „Die Beteiligung des Reiches und die Schulpflicht“. Nach lebhafter

